

Verband der Bürgerinitiativen entlang der Betuwe-Linie

Betuwe – so nicht! sondern besser!

www.betuwe-niederrhein.de www.betuwe-gefahr.de

Offener Brief – Per Fax 0211 / 38 43-9110

24. Juli 2017

Landesregierung Nordrhein-Westfalen
Herrn Minister Hendrik Wüst
Minister für Verkehr
Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf

Ausbau der Eisenbahnstrecke Grenze D/NL – Emmerich – Oberhausen Planfeststellungsverfahren für die ABS 46/2

Wir sind dafür – und nicht dagegen!

Chance auf schnellen Ausbau – Staatssekretär bietet sogar Geld aus dem Bundeshaushalt

Sehr geehrter Herr Minister Wüst,

zunächst gratulieren wir zu Ihrer Wahl zum Minister und wünschen Ihnen für die Legislaturperiode gute Entscheidungen und immer ein Ohr für die davon betroffene Bevölkerung.

Zum Thema: An der demnächst wichtigsten Güterzugtrasse Europas, am Engpass Niederrhein, soll von der DBAG die Bahnstrecke schnell und billig ausgebaut werden. Die Anwohner sollen die nächsten 100 Jahre mit schlechten Lösungen leben.

Aufgrund dessen wenden wir, die Bürgerinitiativen vom Niederrhein, uns an Sie als neuen Verkehrsminister, um mit der Unterstützung des Landes eine vernünftige Lösung für Anwohner und Kommunen zu erreichen. Denn auch für uns hat die Umsetzung der Maßnahme Priorität.

Ihr Vorgänger Michael Groschek hat uns als Verhinderer verunglimpft und war zu keinen konstruktiven Gesprächen mit uns bereit. Zu Unrecht. Wir sind nämlich in Übereinstimmung mit Verwaltungen und lokaler Politik ebenfalls für den schnellen Ausbau der Güterzugtrassen, allerdings mit ökonomisch und ökologisch sinnvollem Lärmschutz und Sicherheit.

Aktuell wird um jeden einzelnen Löschwasserbrunnen gefeilscht und die Mindestforderungen der Feuerwehren in Frage gestellt. Statt durchgängigem, aktiven Lärmschutz, Erhalt von Bahn-Querungen und vernünftiger Bahnhofsgestaltung will die Bahn sparen und schiebt alle Verantwortung auf den Bund.

Bei der Feier des ersten Spatenstiches im Januar 2017 machte der Staatssekretär Enak Ferlemann die Aussage „Es ist Geld genug da, man müsse es nur einfordern“. Und bei der Übergabe des Niederrheinischen Appells der Kommunen in Berlin konkretisierte er: „Die NRW-Bundestagsabgeordneten müssten dazu einen Antrag an den Bundestag stellen“, um ein gesetzlich legales Verfahren zu erreichen – so wie die süddeutschen Bundestagsabgeordneten für die Fortsetzung der Strecke in Baden-Württemberg es vorgemacht haben.